

Anmerkungen zur Situation des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege im Land Brandenburg

In den Baseler Nachrichten war vor geraumer Zeit in einer Rezension zu lesen: »Es verhält sich mit dem Städtebau wie mit so vielem anderen in unsere Zeit: Je mehr man davon redet, um so weniger praktiziert man ihn wirklich. Je mehr man ihn organisiert, desto unorganischer werden die Städte oder zumindest die neuen Stadtquartiere.«

Was hier im Hinblick auf Westeuropa formuliert wurde, hat auch für Osteuropa und damit für die ehemalige DDR in besonderem Maße Gültigkeit. Die mit historischer Kontinuität und Diskontinuität entstandenen Städte waren denen, die nach dem letzten Krieg im Osten Deutschlands eine neue, gerechtere Gesellschaft entwickeln wollten, in hohem Maße suspekt. Die neuen auf dem Reißbrett entwickelten Städte Eisenhüttenstadt und Hoyerswerda waren die Leitbilder neuer architektonischer und städtebaulicher Konzeptionen. So wie im 19. Jahrhundert das mittelalterliche Paris den Boulevards weichen mußte, wurde die Stalinallee oder die Lange Straße in Rostock in die historischen Stadtzentren geschlagen. Nicht, daß das Hansaviertel in Westberlin behutsamer mit den gewachsenen Stadtstrukturen umgegangen wäre, die ideologischen Determinanten waren andere, wenn auch die Ergebnisse substantiell im Hinblick auf den Verlust urbaner Qualität und lokaler Geschichte verblüffend ähnlich waren.

Als man diesen Verlust aber als solchen im Westen erkannte und zu beheben oder zu verringern suchte, da war im Osten zwar auch die Bedeutung des so genannten »kulturellen Erbes« für das Heute und Morgen erkannt worden, nur fiel die historische Stadt als Gesamtheit nicht darunter. Bestenfalls wurden einzelne Denkmale und ihre publikumswirksame Herstellung und Restaurierung unter Erbpflege in den Erfolgsbilanzen abgebucht. Doch weder der Aufbau der Semper-Oper in Dresden noch der Nikolaikirche in Potsdam am Alten Markt haben das städtebaulich-architektonische Chaos und Dilemma in beiden Städten grundlegend zu ändern vermocht. Die Entwicklung und Herausbildung neuer methodischer Positionen in der Denkmalpflege, wie die verstärkte Orientierung auf das Ensemble, auf die Einbindung des Einzeldenkmals in seine historische Umgebung, sind von den Denkmalpflegern in der DDR nicht nur interessiert zur Kenntnis genommen und intensiv nachvollzogen worden. Nur haben sie die zur Grundfeste der DDR erklärte Wohnungsbaupolitik, und das deutete auf den Verfall der historischen Stadtzentren, nicht zu ändern vermocht. Daß sie auch bei dem so aussichtslos erscheinenden Kampf in den Städten einiges, sicher nicht immer so spektakuläres, erreicht haben, dürfte wohl inzwischen nicht nur den Insidern bekannt sein.

Spätestens seit Wolfgang Braunfels wissen wir, daß jede Beschreibung des baulichen Zustandes einer Stadt zugleich eine Beschreibung der ökonomischen Grundlagen und der soziologischen Gliederung der Bevölkerung ist. Eine solche Analyse kann und soll hier nicht Gegenstand der Betrachtung sein. Gestatten Sie mir aber dennoch zwei Anmerkungen dazu:

Der bauliche Zustand der historischen Stadtkerne in der ehemaligen DDR ist sehr unterschiedlich. Die Situation in Klein- und Mittelstädten, so in den für Brandenburg typischen Acker-

bürgerstädten, ist eine andere als die in vielen Kreis- oder Bezirksstädten. Auch ist der Anteil privater Hauseigentümer in den Kleinstädten oft deutlich höher als in den Großstädten. In den Städten östlich von Berlin ist noch heute spürbar, daß hier die Kriegshandlungen im Jahr 1945 zu sehr viel größeren Schäden und Verlusten geführt haben, als z. B. in der Prignitz. Bei genauerem Hinsehen stellt man fest: In der DDR war eben nicht alles gleichgeschaltet, auch im Bereich des Bauwesens konnten Engagement, Ausdauer und Geschick der Bürgermeister oder der Funktionäre durchaus einiges bewirken. Insgesamt läßt sich sagen, daß eine differenzierte und detaillierte Bewertung und Begutachtung der Ausgangssituation in den jeweiligen Städten dringend notwendig ist und nur auf ihrer Grundlage entsprechende Sanierungs- und Revitalisierungskonzepte erarbeitet werden können.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, ebenfalls darauf hinzuweisen, daß die soziologischen Strukturen in den Kommunen des Landes Brandenburg sich gegenwärtig in einem gravierenden Veränderungsprozeß befinden. Nicht nur der fast völlige Zusammenbruch der landwirtschaftlichen Produktion in ihren bisherigen Formen sondern z. B. auch die Senkung der Geburtenrate im Land Brandenburg im Jahr 1991 um 50 % ist Anzeichen für die hier vor sich gehenden Veränderungen, die unmittelbar auf städtebauliche und planerische Vorhaben Einfluß haben.

Gestatten Sie mir eine vielleicht provokant klingende These zu formulieren: Im Ergebnis einer städtebaulich-architektonischen wie soziologischen Analyse z. B. der Situation der Stadt Brandenburg wird festzustellen sein: Brandenburg ist als Denkmalsbereich von herausragender geschichtlicher Bedeutung, am gegenwärtigen Zustand der Stadt ist die gesamte DDR-Geschichte, DDR-Baupolitik, DDR-Kulturpolitik, DDR-Wirtschaftspolitik usw. mit ihren Fehlern, steckengebliebenen Ansätzen, Chancen, Risiken und Nebenwirkungen ablesbar. Wäre es da nicht angesichts dieses herausragenden historischen Wertes der Stadt die vornehmste und allererste Aufgabe des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege, diese Zustände zu konservieren? Aber über die »Fälscherzunft« der Denkmalpfleger ist schon an anderer Stelle nachgedacht worden. Was hier in Brandenburg und anderswo notwendig ist und was hier und anderswo mit Elan angegangen wurde, ist Stadtreparatur, ist das Revitalisieren, neudeutsch: das Fit-Machen der Stadt für die ökonomischen, sozialen und ökologisch-kulturellen Anforderungen und Aufgaben die bestehen und die anstehen. Dies im Hinblick auf Verbesserungen der kommunalen Infrastruktur, in Hinblick auf Verkehr, Transportsysteme, Kommunikationseinrichtungen usw..

Dafür muß aber die Denkmalpflege und der Denkmalschutz die Prämissen setzen, denn wir wissen, daß ohne die Akzeptanz der Geschichte der Stadt, ablesbar in ihren Gebäuden, Plätzen, gestalteten Stadträumen, archäologischen Befunden usw. urbane Lebensqualität nicht im erforderlichen Umfang gesichert werden kann. Da hier nicht gegenwärtige Zustände mumifiziert werden können und sollen, ist nach den prägenden historischen

Momenten und Strukturen zu fragen, die wiederum den großen Rahmen für die Aufgaben des städtebaulichen Denkmalschutzes bilden müssen.

Ein solches Moment sei beispielhaft für die Stadt Brandenburg herausgegriffen. Wie alle deutschen Bischofsresidenzen hat Brandenburg mittelalterliche Anfänge. Die Bischofssitze im Osten Deutschlands konnten zumeist den Status der politischen Unabhängigkeit nicht gewinnen, oder haben ihn spätestens mit ihrem Übertritt zum Protestantismus verloren. In keinem wurde nach der Reformation noch monumental gebaut. Auch Brandenburg hat nicht einmal im Ansatz ein monumentales Residenzprogramm entwickeln können. Dafür ist aber in Brandenburg anderes erhalten geblieben, dafür ergibt sich ein besonderer Reiz aus der spezifischen topografischen Lage der Stadt. Es gilt, solcherart gestaltbestimmende Komponenten mit dem Ziel ihrer Bewahrung herauszufiltern.

Das Land Brandenburg ist nun gerade wieder ein Jahr alt. Welchen hohen Stellenwert Denkmalschutz und Denkmalpflege in der Landespolitik einnehmen, wurde schon in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Dr. Manfred Stolpe deutlich formuliert und wird auch seinen Niederschlag in der Verfassung des Landes finden.

Was ist im vergangenen Jahr in diesem Bereich bereits geschehen:

- In Brandenburg ist als erstem neuen Bundesland im August ein neues »Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmale und Bodendenkmale« in Kraft getreten.
- Im Juni wurde in Brandenburg als erstem neuen Bundesland ein Landeskonservator berufen und die Neugründung des Landesdenkmalamtes im wesentlichen abgeschlossen.
- Die Jahrestagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland fand im Frühsommer des Jahres in Potsdam statt und hat sich speziell mit dem Problem der Schlösser und Herrenhäuser beschäftigt.

Im Verantwortungsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur, welches nach dem Denkmalschutzgesetz die oberste Denkmalschutzbehörde des Landes ist, sind damit die grundlegenden rechtlichen und institutionellen Voraussetzungen für den Denkmalschutz und die Denkmalpflege im Land Brandenburg geschaffen worden. Dabei hat das Land großzügige Hilfe und Unterstützung von verschiedenen Seiten erfahren dürfen und dankbar angenommen. Es ist hier der Versuch gemacht worden, Strukturen der alten Bundesländer nicht einfach zu übernehmen, sondern unter Berücksichtigung der Erfahrungen, die in den alten Bundesländern in den vergangenen Jahren gesammelt wurden, die Grundsatzentscheidungen zu treffen. Ob und wie es gelingt, neue Akzente zu setzen und neue Wege zu gehen, wird erst in einigen Jahren abschließend beurteilt werden können. Auf einige der gegenwärtig drängenden Probleme im Bereich des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege möchte ich besonders aufmerksam machen:

Die Denkmalschutz- und Fachbehörden stehen unter immensen Erwartungsdruck und der damit verbundenen Zeitnot. In den »heißen« Monaten 1989/90 haben in vielen Städten Bürgerinitiativen und Runde Tische Bau- oder Abrißstops in den Altstadtquartieren durchsetzen können. Dieses wichtige, wenn auch manchmal hemdsärmelige Engagement wird nun mit zunehmend längeren Planungszeiträumen und Genehmigungsfristen konfrontiert. Es gilt, schnell sichtbare Zeichen einer veränderten Haltung zu den historischen Altstädten zu setzen. Zugleich müssen aber auch die perspektivisch notwendigen planerischen Vorleistungen erbracht werden.

Die Verwaltungsstrukturen gerade in den Kreisen und Kommunen befinden sich im Aufbau. Die gesetzlichen Grundlagen für das Bauen und den Denkmalschutz sind neu. Es muß gelernt werden, die Instrumentarien und Möglichkeiten des Rechtsstaats zu nutzen. Dabei ist es zwangsläufig notwendig, denkmalpflegerisches Engagement stärker als bislang in Verwaltungshandeln einmünden zu lassen. Eine rechtskräftige Unterschutz-Stellung eines Denkmals verlangt einen entsprechenden Verwaltungsakt. Kommunen und Kreise sind oft noch ungenügend über ihre Möglichkeiten gerade im Hinblick auf Planungskompetenzen informiert und schrecken teilweise unbegründet vor den Drohgebärden der Investoren und westdeutschen Anwälte zurück. In vielen Fällen, gerade im Bereich der historischen Altstadtquartiere, sind Eigentums- und damit verbundene Nutzungsfragen offen.

Wir wissen zu wenig über die Bausubstanz in den historischen Städten des Landes Brandenburg. Hier ist es für die Denkmalpflege eine vordringliche Aufgabe, zu inventarisieren und den Bestand zu dokumentieren, um sichere Planungsgrundlagen zu erarbeiten. Stadtsanierung, gerade wenn sie im komplexen Umfang notwendig ist, braucht Vorlauf, dieser Vorlauf braucht Zeit und kompetente Architekten, Stadtplaner und Denkmalpfleger. Angesichts der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel gibt es hierbei erhebliche personelle Engpässe. Auf der anderen Seite dürfen aber auch keine Datenfriedhöfe entstehen, die an den gegenwärtigen Erfordernissen der Stadtreparatur vorbeigehen.

Es gibt zu wenig qualifizierte Handwerker und Restauratoren. Angesichts des Baubooms, der in Brandenburg begonnen hat, ist es oft schon schwer geworden, entsprechendes Baumaterial schnell geliefert zu bekommen. Die Handwerker, die bislang oft in Genossenschaften organisiert waren, gründen jetzt neue private Betriebe. Sie müssen Erfahrungen sammeln, im Hinblick auf die Beteiligung an Ausschreibungen wie auch auf die Entwicklung neuer Kooperationsformen untereinander. Gerade im denkmalpflegerischen Bereich fehlt ihnen oft die notwendige Skepsis gegenüber den vehement angepriesenen neuen Bau- und Ersatzstoffen. Oft sind entsprechende handwerkliche Fähigkeiten nicht mehr oder in ungenügendem Maße vorhanden.

Trotz großzügiger finanzieller Unterstützung seitens des Bundes ist die Haushaltssituation im Land Brandenburg in Kreisen und Kommunen angespannt. Nun garantiert viel Geld noch keine effiziente Denkmalpflege, vielmehr kann viel Geld historische Bausubstanz gefährden. Ohne finanzielle Unterstützung werden aber mittel- und langfristig die großen Anforderungen, vor denen wir im Land Brandenburg stehen, nicht zu bewältigen sein. In diesem Zusammenhang ist es besonders wichtig, darauf hinzuweisen, daß Denkmalpflege nicht im Rhythmus der Haushaltsjahre machbar ist. Hier ist eine langfristige kontinuierliche Förderung notwendig und erforderlich, d. h. die Denkmalschutzprogramme des Bundes müssen wenigstens bis 1994 auf gleicher Höhe wie 1991 fortgeführt werden, wenn sie zu einer dauerhaften Veränderung der Situation in den neuen Bundesländern führen sollen. Wir verfügen hier in Brandenburg angesichts der schwierigen und sehr unterschiedlichen Ausgangssituationen über ein flexibles Instrumentarium zur Vergabe der Fördermittel für die Denkmalpflege. 1991 konnten seitens des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur insgesamt 60 Mio DM an über 700 einzelne Baudenkmale für die notwendigen Sicherungs- und Sanierungsmaßnahmen zugewendet werden. Es besteht die Aufgabe, in den folgenden Jahren die grundlegenden Sanierungsarbeiten weiterzuführen. Ein weiteres Problemfeld ist die Stadtarchäologie. Es besteht die Ge-

fahr, daß sie im Rahmen der städtebaulichen Vorhaben nicht entsprechend Berücksichtigung findet. Wenn aber konsequent Stadtarchäologie betrieben wird, verzögert sie fast überall die Bauabläufe.

Ich breche hier in der Auflistung der aktuellen Fragestellungen und Probleme ab. Auf ein besonders wichtiges Moment soll aber abschließend noch hingewiesen werden. Es ist ein notwendiger Bewußtseinswandel zu begreifen, daß das Kulturministerium keine Kultur mehr macht, oder Kultur verordnet, oder anordnet, was Kultur ist, sondern daß es vielmehr darum geht, die Voraussetzungen für Kultur, d. h. die kulturelle Infrastruktur, zu entwickeln.

Bertram Schönwälder

Fallbeispiel Brandenburg – Stadterneuerung als Modell aus kommunaler Sicht

Es mag für uns Brandenburger nur ein sehr schwacher Trost sein, wenn wir feststellen, daß unserer traditionsreiche Stadt ein gleiches Schicksal erlitten hat wie viele Städte in der 40jährigen Geschichte der DDR, das Schicksal einer langsam fortschreitenden Zerstörung der historischen Innenstadt infolge von Vernachlässigung der gewachsenen Bausubstanz.

Im Lauf der Jahre wurde der zunehmende Verfall immer offensichtlicher, ohne daß unter den früheren Bedingungen durchgreifende Abhilfe geschaffen werden konnte. Um so mehr hat es natürlich die Brandenburger gefreut, als sie zu Beginn des vorigen Jahres erfuhren, daß Brandenburg als Modellstadt für die Sanierung historischer Innenstädte von den Bauministerien der DDR und der Bundesrepublik ausgewählt wurde. Wir erhielten dadurch die Möglichkeit, die Stadtsanierung in bestimmten Bereichen umfassend vorzubereiten und in Angriff zu nehmen. Dabei begriffen wir von Anfang an Sanierung nicht als ein Instandsetzungsprogramm von einzelnen Wohnungen, Häusern oder vielleicht einzelnen Häusergruppen, sondern wir verstanden Sanierung der Stadt in den ausgewählten Bereichen als umfassende Schaffung von gesunden Lebensverhältnissen im innerstädtischen Bereich. Es starben ja nicht nur die Häuser, sondern es brach als logische Folge des Häusersterbens in einzelnen Wohnquartieren auch die Kommunikation ab, weil die Menschen einfach wegzogen, ausziehen mußten.

Die umfassenden Untersuchungen, die als Voraussetzung für eine erfolgreiche Sanierung durchgeführt werden mußten, ließen erst den weitreichend desolaten Zustand der Häuser und der Ver- und Entsorgungseinrichtungen erkennen. Sanierung im umfassenden Sinne schließt die versorgende Infrastruktur, die Häuser, die Straßen, die Plätze im Sanierungsgebiet genauso ein wie die Kirchen, die Stadttürme und die erhaltenen Teile der Stadtmauer, ebenso die im Sanierungsgebiet befindlichen und das Sanierungsgebiet umschließenden Grünanlagen. Lebensräume sollen wieder geschaffen werden, in denen die Menschen einander begegnen, miteinander, hoffentlich auch füreinander, leben. Dabei werden wir neben den Stadt- und den Landschaftsplanern, den Architekten und den Bauleuten aus den verschiedensten Bereichen, vor allen Dingen auch die Bürger dieser Stadt mit ihren Gedanken und Vorstellungen sowie die Denk-

Dieses ist ein Lernprozeß für alle Beteiligten. Es gilt, die Arbeit der Verbände und der Bürgerinitiativen zu unterstützen, sie zu aktivieren und ihre zum Teil noch konträr laufenden Bemühungen zu koordinieren. Unsere Aufgabe ist es, zu vermitteln, daß Denkmalpflege nicht alleine von den Denkmalbehörden gemacht werden kann.

Es ist der Tagung ein guter Verlauf zu wünschen, damit in den Baseler Nachrichten in Umkehrung der eingangs zitierten Bemerkung irgendwann vielleicht einmal mit Blick auf die neuen Bundesländer steht: »Es verhält sich mit städtebaulichen Denkmalschutz wie mit so vielem anderen in unserer Zeit: Je mehr man davon redet, um so mehr praktiziert man ihn wirklich.«

malpfleger und die Künstler mit ihrem Wissen und ihren Vorschlägen einbeziehen müssen.

Wir stellen uns immer wieder die Frage, wo könnte das Modellhafte des Programms hier in Brandenburg liegen, denn umfassende Stadtsanierung gibt es ja in Deutschland nicht erst seit dem vorigen Jahr. Vielleicht liegt das Modellhafte einmal darin, daß wir hier unter den Bedingungen einer einstigen DDR-Stadt untersuchen, planen, ausprobieren, arbeiten und dokumentieren können, wie das Schaffen gesunder Lebensverhältnisse in einer sehr lädierten Innenstadt möglich werden kann, um diese Erfahrungen dann auch anderen Städten zur Verfügung stellen zu können.

Vielleicht liegt das Modellhafte zum anderen aber auch darin, daß wir in das Sanierungsgeschehen Gedanken mit einfließen lassen, wie wir Geschichte annehmen, uns der Geschichte stellen und wie wir auch im Sanierungsgeschehen Geschichte darstellen, sie sichtbar werden lassen.

In der Vergangenheit wurde ja nicht nur die Bausubstanz dem Verfall preisgegeben, sondern es wurde auch ganz bewußt die Geschichte dieser Stadt Brandenburg und dieses Landes Brandenburg, beides war und bleibt ja eng verbunden, aus dem Gedächtnis und dem Bewußtsein der Menschen verdrängt. Zu gesunden Lebensverhältnissen gehört, so denke ich, eine Identifikation mit der Stadt. Das setzt aber Kenntnisse über die Geschichte voraus. Wenn es uns bei der Sanierung gelänge, geschichtliche Abläufe und Ereignisse sichtbar werden zu lassen, immer unter den Bedingungen einer einstigen DDR-Stadt, dann könnte dies Anregung für andere sein.

Bei dieser Aufgabe sind wir natürlicherweise auf den Denkmalschutz und die Denkmalpfleger angewiesen. Sie können uns mit ihrem Wissen und ihren Plänen, aber auch mit ihren Methoden helfen, Geschichte sichtbar werden zu lassen und damit erlebbar zu machen. Dies wird auch in Brandenburg zu überraschenden Ergebnissen führen, uns aber auch noch vor manche Schwierigkeiten stellen. Dennoch sollten wir uns dieser Aufgabe stellen, zum Wohle dieser Stadt Brandenburg und zur Freude und zum Wohlbefinden ihrer Bürger.

Abb. 2. Brandenburg, Luftbild (ca. 1984).